

Verhandlungsschrift

aufgenommen am Dienstag, dem 27.11.2018, im Gemeindeamt Winden am See aus Anlass einer Sitzung des Gemeinderates.

Beginn 18:00 Uhr.

Anwesend:

Bürgermeister	Erwin	PREINER	(SPÖ)
Vizebürgermeister	Hermann	LEEB	(ÖVP)
Gemeindevorstand	Gerhard	PAUL	(SPÖ)
	Mag. ^a Ilse	WEINGÄRTNER	(SPÖ)
	Markus	HOFFMANN	(ÖVP)
Gemeinderat	Mag. Ronald	LANGTHALER	(SPÖ)
	Franz	HOFFMANN	(SPÖ)
	Ing. Christopher	GROSS	(SPÖ)
	Dr. ⁱⁿ Ingrid	HERZOG-MÜLLER	(SPÖ)
	Ing. Thomas	HEINY	(SPÖ)
	Sabine	SPIEGEL	(SPÖ)
	Manfred	HEINY	(SPÖ)
	Lisa	PORTSCHY	(ÖVP)
	Tanja	HUBER	(ÖVP)
	Ing. DI(FH) Claus	SIPÖCZ	(ÖVP)
	Simone	DRESCHER-TÖTSCHINGER	(ÖVP) ab Pkt.2
	Erich	SCHMELZER	(FPÖ)
Ersatzgemeinderat	Horst	MIESELBERGER	(ÖVP)
Oberamtsrat	Gerhard	SCHERBL	(als Schriftführer)

Abwesend:

Birgit MÜLLNER-FINSTER und Mag.^a Margit PAUL-KIENTZL - beide entschuldigt.

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates und die erschienenen Zuhörer, verweist auf die fristgerechte Einberufung der Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und gibt die Tagesordnung bekannt.

Gegen die Tagesordnung wird kein Einwand erhoben.

Gemäß § 45(4) der GemO werden die Mitglieder des Gemeinderates, Ing. Christopher GROSS und Lisa PORTSCHY, zu Beglaubigern der heutigen Verhandlungsschrift bestellt.

Der Bürgermeister stellt die Frage, ob es Einwände gegen die Verhandlungsschrift vom 29.08.2018 gibt.

Gegen die Verhandlungsschrift vom 29.08.2018 wird kein Einwand erhoben, und der Bürgermeister erklärt sie als genehmigt.

T a g e s o r d n u n g :

- 1) Neuer Standort Bankomat.
- 2) Neuordnung des Jugendzentrums.
- 3) Termin für Begehung der Gemeinde-Gebäude.
- 4) Kinderbetreuung im Kindergarten/Kinderkrippe und Schule im Sommer 2019.
- 5) KG – Bestimmung des/der Vorsitzenden im Beirat.
- 6) Allfälliges.

Z u r T a g e s o r d n u n g :

TOP 1) Zahl: G-50/2018. Neuer Standort Bankomat.

Der Bürgermeister bemerkt, dass Daseinsvorsorge ein wesentlicher Faktor für die Bevölkerung ist, wozu auch die Finanzdienstleistung gehört. Das soll aber keine Einbahnstraße sein und liegt auch in der Verantwortung der Banken. Im Ort gab es zwei Bankstellen, die unter anderem auch wegen der Gewinnmaximierung der Banken geschlossen wurden, was auch auf Kosten der kleinen Sparer ging. Seitens der Gemeinde wurden in der Vergangenheit diverse Aktivitäten gesetzt, damit die Filialen im Ort weiter bestehen bleiben. Auf Initiative der SPÖ wurden im Gemeinderat einstimmige Beschlüsse gefasst: z.B. 2014 – Resolution gegen die Schließung der RAIKA-Filiale. Es wurde auch versucht, einen Bankomaten im Ort zu halten. Die Sparkasse war aber nicht bereit, den Bankomatbetrieb aufrecht zu erhalten. 2016 wurde mit der RLB eine Vereinbarung getroffen, den Betrieb befristet weiter zu führen, wobei die Gemeinde hierfür € 2.500,- pro Jahr bezahlte. Der jetzt vorhandene Bankomat am Standort Hauptstraße 36 ist zu alt. Die RLB wäre unter Umständen bereit, einen neuen Bankomaten am alten Standort der Sparkasse aufzustellen, wobei die Gemeinde aber keine Miete und Betriebskosten verlangen darf und zusätzlich € 2.500,- pro Jahr als Ausfallbetrag zu bezahlen hätte. Der Bürgermeister hat vom Generaldirektor der RLB das Zugeständnis erhalten, dass der alte Bankomat noch bis 31.12.2018 bestehen bleibt. Am 07.11.2018 gab es seitens der Gemeinde eine Besprechung mit Gendir. Königshofer in Eisenstadt, an der auch GR Lisa Portschy und OAR Gerhard Scherbl teilnahmen. Eine Baukostenschätzung für die Adaptierung eines neuen Standortes wurde von DI THELL erstellt und an die RLB weitergeleitet, wobei diese noch mitteilen wird, ob sie sich an den Umbaukosten beteiligt. Vizebürgermeister Hermann LEEB bemerkt, dass die Versorgung wichtig ist, da bei diversen Veranstaltungen und in sonstigen Fällen immer wieder Bargeld benötigt wird. Banken arbeiten natürlich profitorientiert. Kein Bankomat wirft Gewinn ab und dient eher einer Servicefunktion. Wer den Bankomat betreibt ist egal, die Aufrechterhaltung ist aber notwendig. Der Gemeinderat soll sich daher grundsätzlich für die Einrichtung eines Bankomatstandortes beim Gemeindeamt aussprechen. Im Beisein mit DI THELL und OAR Gerhard SCHERBL wurde auch die Möglichkeit eines Außenstandortes besprochen. GR Erich SCHMELZER teilt mit, dass er einer Beteiligung der Gemeinde bis zu € 2.500,- pro Jahr zustimmen würde, darüber hinaus aber nicht. Der Bürgermeister bemerkt erneut, dass lt. vorliegendem Offert seitens der RLB keine Miete und Betriebskosten bezahlt werden. Ein Feedback der RLB betreffend Übernahme von Baukosten muss noch abgewartet werden. GR Lisa PORTSCHY bemerkt, dass € 2.500,- ein wichtiger infrastruktureller Beitrag sind. Auf ihre Anfrage teilt OAR Gerhard SCHERBL mit, dass die Baukosten beim Gebäude zw. € 15.000,- und € 18.000,- netto, wenn der Bankomat vom Außenbereich zugänglich ist, zw. € 6.000,- und € 8.000,- netto beziffert wurden.

Vizebürgermeister Hermann LEEB stellt den Antrag, der Gemeinderat soll sich grundsätzlich für die Einrichtung eines Bankomatstandortes beim Gemeindeamt aussprechen.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat lehnt mit den Stimmen von Bgm. Erwin PREINER, Gerhard PAUL, Mag.^a Ilse WEINGÄRTNER, Mag. Ronald LANGTHALER, Franz HOFFMANN, Ing. Christopher GROSS, Dr.ⁱⁿ Ingrid HERZOG-MÜLLER, Ing. Thomas HEINY, Sabine SPIEGEL, Manfred HEINY und Erich SCHMELZER gegen die Stimmen von Vizebgm. Hermann LEEB, Lisa PORTSCHY, Markus HOFFMANN, Tanja HUBER, DI (FH) Claus SIPÖCZ und Horst MIESELBERGER, also 11:6, den Antrag ab.

Der Bürgermeister stellt den Gegenantrag, der Gemeinderat soll den Bankomatstandort dann behandeln, wenn eine Rückantwort der RLB vorliegt.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag mit den Stimmen von Bgm. Erwin PREINER, Gerhard PAUL, Mag.^a Ilse WEINGÄRTNER, Mag. Ronald LANGTHALER, Franz HOFFMANN, Ing. Christopher GROSS, Dr.ⁱⁿ Ingrid HERZOG-MÜLLER, Ing. Thomas HEINY, Sabine SPIEGEL, Manfred HEINY und Erich SCHMELZER gegen die Stimmen von Vizebgm. Hermann LEEB, Lisa PORTSCHY, Markus HOFFMANN, Tanja HUBER, DI (FH) Claus SIPÖCZ und Horst MIESELBERGER, also 11:6, zu.

TOP 2) Zahl: G-51/2018.

Neuordnung des Jugendzentrums.

Der Bürgermeister berichtet, dass auf Initiative der SPÖ im Gemeinderat betreffend Jugendzentrum einstimmige Beschlüsse gefasst wurden und zwar in den Jahren 2008, 2009 und 2011. Er ist der Ansicht, dass die alte Volksschule den Zielgruppen weiter zur Verfügung stehen soll. Es fand ein Lokalaugenschein mit einer neuen Jugendgruppe im alten Kindergarten statt. Von der älteren Burschengruppe wurde ein Raum in der alten Volksschule zur Verfügung gestellt, da dieser von ihnen nicht mehr benötigt wird. Am 19.11.2018 erfolgte eine Begehung der Gemeindeliegenschaften durch den Dorferneuerungsausschuss. Im Juni 2018 wurde im Gemeinderat beschlossen, eine Begehung mit diversen Gruppierungen durchzuführen und in regelmäßigen Abständen eine Evaluierung vorzunehmen. Auch ist für die Benützung das neue Jugendschutzgesetz zu berücksichtigen. Es gab zwischenzeitlich auch mehrere Besprechungen mit den Gemeindejugendreferentinnen. Jugendanwalt Mag. Reumann soll ebenfalls an einer Besprechung mit den Jugendlichen im Rahmen eines Jugendforums teilnehmen. GR Lisa PORTSCHY teilt mit, dass sie und Anja GROSS eine Hausordnung erstellt haben, die vom Gemeinderat beschlossen werden sollte. Auch wurden folgende organisatorische Maßnahmen überlegt: Alle Räume sollen offen sein. Das notwendige Inventar soll eventuell von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Das derzeitige Inventar ist aus Privatbeständen, wobei hierfür Ansprüche gestellt werden könnten. Jede Gruppe muss zwei Verantwortliche nennen, die Schlüssel bekommen. Es gibt versperrbare Kästen, in denen Spielkonsolen udgl. aufbewahrt werden können. Alle 14 – 22jährigen sollen angeschrieben werden. Das Licht im Stiegenbereich muss repariert werden. Die WC-Anlagen müssen generalüberholt werden. Der Zustand der Räumlichkeiten soll laufend kontrolliert werden. Im Gebäude besteht Rauchverbot. Ersatz-GR Anja GROSS bemerkt nach Worterteilung durch den Bürgermeister, dass die jetzt bestehenden Gruppen untereinander nicht mehr isoliert werden sollen, sondern alle Räume sollen offen sein. Das soll einer Gruppenbildung, wie sie jetzt besteht, entgegenwirken. Ein Raum, wo derzeit die älteren Mädchen waren, soll versperrt bleiben, da sich dort Inventar vom Verein Jugend Winden befindet. GR Erich

SCHMELZER berichtet, dass bei der letzten Begehung ein katastrophaler Zustand der WC-Anlagen festgestellt wurde. Der Bürgermeister wiederholt seine eingangs getroffenen Aussagen.

GR Simone DRESCHER-TÖTSCHINGER erscheint um 18.45 Uhr im Sitzungssaal. Der Bürgermeister bedankt sich bei Lisa PORTSCHY und Anja GROSS für deren Ausführungen und geleistete Arbeit. Diverse Punkte der Hausordnung sollen noch ergänzt werden. Es soll jedenfalls eine Begehung der Objekte und eine Einladung an die Jugendlichen zu einem Jugendforum im Beisein von Mag Reumann erfolgen. GR Lisa PORTSCHY bemerkt, dass der Bürgermeister der neuen Jugendgruppe einen Raum versprochen hat, was nicht in das neue Konzept passt und wieder ein Konflikt entstehen wird. Der Bürgermeister antwortet, dass die Benützung nur vorübergehend ist, bis die Begehung der Räumlichkeiten erfolgt. Weiters führt er aus, dass morgen um 17.45 Uhr eine Besprechung der Jugendgruppen und beiden Gemeindejugendreferentinnen vor Ort stattfindet. GR Mag. Ronald LANGTHALER teilt mit, dass seine Tochter in der großen Gruppe ist. Er meint, dass alles mit den Jugendlichen und einem Profi in einem größeren Forum besprochen werden soll, um einen Konsens zu finden. Er hat Bedenken, ob 15-jährige und 19-jährige miteinander harmonieren. Vizebürgermeister Hermann LEEB bemerkt, dass das bestimmt funktioniert. Ein gewisser Freiraum und Selbstverantwortung soll den Jugendlichen bleiben. Warum soll das nicht auf Zeit beschlossen werden? Eine Entscheidung hierüber dauert schon lange an. Auf die Frage von GR Dr.ⁱⁿ Ingrid HERZOG-MÜLLER antwortet GR Tanja HUBER, dass die neue Gruppe aus großteils 14-jährigen Jugendlichen besteht. Nach Worterteilung durch den Bürgermeister betont Anja GROSS, dass die Gemeinschaft von jüngeren und älteren Jugendlichen sehr gut funktioniert. Früher hat auch ein Putzplan funktioniert. GR Erich SCHMELZER wirft ein, dass ein derartiger Zustand der WC-Anlagen nicht hätte passieren dürfen, jedenfalls ist mehr Kontrolle notwendig. Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat den Beschluss vom Juni 2018 in Erinnerung. Wesentlich ist, dass die Jugend Räume zur Verfügung hat. Die einzelnen Schritte sollen auch chronologisch eingehalten werden, d.h. zuerst Abhaltung eines Jugendforums, dann die Einigung auf eine Hausordnung. Auf Anfrage von GR Tanja HUBER teilt der Bürgermeister mit, dass zur morgigen Besprechung auch Jugendliche kommen. GR Lisa PORTSCHY bemerkt, dass, wenn der Punkt wieder vertagt wird, diese Angelegenheit wahrscheinlich erst im März 2019 beschlossen wird, aber Dringlichkeit herrscht. Es sollte ein 5-monatiger Testbetrieb beschlossen werden, wenn es nicht funktioniert, dann kann noch immer ein anderer Beschluss gefasst werden. Der Bürgermeister verweist erneut auf den Gemeinderatsbeschluss vom Juni 2018. GV Gerhard PAUL bemerkt, dass die ausgearbeitete Hausordnung grundsätzlich passt, wobei aber vom Gemeinderat etwas eingearbeitet werden soll, diese aber jedenfalls in der nächsten Gemeinderatssitzung beschlossen werden soll. Das WC wurde mehrmals erneuert. Der Bürgermeister wird versuchen, den Jugendanwalt d. Landes Bgld. zur Forumsitzung einzuladen, und noch vor Weihnachten einen Termin zu fixieren. Der Vizebürgermeister stimmt der Aussage von GV Gerhard PAUL zu. Der Bürgermeister bemerkt, dass den Entwurf der Hausordnung keiner außer der ÖVP-Fraktion gesehen hat. GR Erich SCHMELZER bietet an, die WC-Anlagen alle 14 Tage zu kontrollieren. GR Lisa PORTSCHY fragt, wenn die von ihr erstellte Hausordnung in den nächsten 3 Tagen im Gemeindeamt einlangt, ob das für die nächste Gemeinderatssitzung reicht. Antwort von OAR Gerhard SCHERBL: Ja.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, dass noch rechtzeitig vor der nächsten Gemeinderatssitzung ein Termin für ein Jugendforum unter Beisein des Jugendanwaltes d. Landes Bgld, Mag. Reuman, erfolgen soll, um die Neuordnung des Jugendzentrums mit Hausordnung in der nächsten Gemeinderatssitzung zu behandeln.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass noch rechtzeitig vor der nächsten Gemeinderatssitzung ein Termin für ein Jugendforum unter Beisein des Jugendanwaltes d. Landes Bgld, Mag. Reuman, erfolgen soll, um die Neuordnung des Jugendzentrums in der nächsten Gemeinderatssitzung zu behandeln.

TOP 3) Zahl: G-52/2018.

Termin für Begehung der Gemeinde-Gebäude.

Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldung. Vizebürgermeister Hermann LEEB meint, dass dieser Termin auch gesplittet werden kann, wenn alle Interessensgruppen nicht gleich Zeit haben. Aber alle interessierten Beteiligten sollten Stellung nehmen, warum welcher Raum benötigt wird. Der Bürgermeister schlägt den 07.12.2018 vor. GR Lisa PORTSCHY schlägt vor, den Termin an einem Samstag oder unter der Woche nach 17.00 Uhr festzulegen. Der Vizebürgermeister schlägt einen abschließenden Besprechungstermin mit den Vereinen und Gewerbetreibenden im Jänner 2019 vor.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, folgende Termine festzusetzen: 1. Termin: Begehung 07.12.2018, 16.00 Uhr, 2. Termin vor Ende des Jahres. Besprechung im Jänner 2019.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, folgende Termine festzusetzen: 1. Termin: Begehung 07.12.2018, 16.00 Uhr, 2. Termin vor Ende des Jahres. Besprechung im Jänner 2019.

TOP 4) Zahl: G-53/2018.

Kinderbetreuung im Kindergarten/Kinderkrippe und Schule im Sommer 2019.

Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldung. GR Tanja HUBER teilt mit, dass sie im Elternverein tätig ist und mit vielen Familien gut vernetzt ist. Ihr Vorschlag wäre, die 4. Juliwoche im Kindergarten als Normalbetrieb weiterlaufen zu lassen und in der ersten Augustwoche zusätzlich eine Betreuungswoche anzubieten. GR Erich SCHMELZER wirft ein, dass eine Staffelung für die Sommerbetreuung bereits beschlossen wurde und fragt, wie sich das Ergebnis darstellt. OAR Gerhard SCHERBL teilt mit, dass die Beiträge für die Sommerbetreuung gerade noch kostendeckend sind, das Raumpflegepersonal und die anteiligen Betriebskosten aber nicht eingerechnet. Weiters teilt er mit, dass ein Normalbetrieb in der 4. Juliwoche in personeller Sicht nicht möglich ist, da sich dann der Urlaubsanspruch in einen anderen Zeitraum verschieben würde, wo tatsächlich Normalbetrieb geführt wird. Durch die zusätzliche 4. Woche im Juli werden schon von den eingesetzten Pädagoginnen Mehrstunden geleistet, die entweder durch Zeitausgleich oder finanziell abgegolten werden müssen. Eine weitere Woche anzubieten ist auch aus finanzieller Sicht nicht möglich, da durch den Kindergartenbau mit Krippe und dem dafür erforderlichen Personalaufwand sowie die Mietzahlungen die Finanzen der Gemeinde erschöpft sind. Auch ist es nicht möglich Volksschul- und Kindergartenkinder getrennt zu betreuen, da dies den doppelten Bedarf an Personal bedeuten würde. Weiters regt er an, von den Eltern eine Kautionszahlung zu verlangen, da es besonders bei den schulautonomen Tagen zu Meldungen kommt, die dann nicht wahrgenommen werden, was für die Gemeinde aber eine große finanzielle Belastung darstellt. Der Bürgermeister bemerkt, dass die Betreuung an schulautonomen Tagen bei fünf gemeldeten Kindern schon ein großes Entgegenkommen bedeutet, da eine Betreuung sonst erst bei zehn Kindern angeboten wird.

Weiters bemerkt er, dass die Kinderanzahl von 25 pro Gruppe nur ein Richtwert ist. Auch soll die Verschränkung von Volksschul- und Kindergartenkinder bei der Betreuung durchgeführt werden, was aus pädagogischer Sicht positiv gesehen wird.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, im Rahmen der Schuleinschreibung eine Bedarfserhebung für die Sommerbetreuung im Juli für alle Schul- und Kindergartenkinder durchzuführen, eventuell für noch eine zusätzliche Woche, wobei die Betreuung für die Gemeinde kostenneutral sein muss.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, im Rahmen der Schuleinschreibung eine Bedarfserhebung für die Sommerbetreuung im Juli für alle Schul- und Kindergartenkinder durchzuführen, eventuell noch für eine zusätzliche Woche, wobei die Betreuung für die Gemeinde kostenneutral sein muss.

TOP 5) Zahl: G-54/2018.

KG – Bestimmung des/der Vorsitzenden im Beirat.

Der Bürgermeister berichtet, dass aufgrund des Ausscheidens von GV Otto FRISCHMANN diese Funktion neu zu vergeben ist, wobei die Bestimmung von der SPÖ-Fraktion vorzunehmen ist.

Vorschlag: Mag.^a Ilse WEINGÄRTNER

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Beschlussfassung.

B e s c h l u s s :

Die SPÖ-Fraktion bestimmt einstimmig mit 10 Stimmen Frau Mag.^a Ilse WEINGÄRTNER als Vorsitzende im Beirat der Infrastruktur KG.

TOP 6) Zahl: G-55/2018.

Allfälliges.

GR Lisa PORTSCHY fragt, wer die Gemeindenachrichten schreibt. Bgm.: Anita WABA und Brigitte WEBER-KRAUS, da diese auch die Homepage betreut.

GR Lisa PORTSCHY: Die Bücherei ist zu Öffnungszeiten öfters unbesetzt. Die Bevölkerung sollte diesbezüglich informiert werden.

Frage: Wie steht es mit Vertragsverhandlungen im Betriebsgebiet? Bgm.: Herr [REDACTED] hat kein Interesse mehr. Sollten andere Interessenten bekannt sein, diese bitte im Gemeindeamt bekanntgeben.

Frage: Warum hat die Bücherei eine Homepage? Bgm.: Auch andere Büchereien haben Homepages.

Frage: Wer hat die Bewerbung für den Kinderflohmarkt bezahlt? Bgm.: Wurde nicht von der Gemeinde bezahlt, sondern ist gesponsert worden.

Der Vizebürgermeister bemerkt, dass das Gewerbegebiet vor dem BILLA-Markt durch verschiedene Ablagerungen unansehnlich ist. Er ist auch der Ansicht, dass ein Link auf der Gemeindehomepage reichen würde, und die Bücherei keine eigene Homepage benötigt. Bgm.: Betreffend Gewerbegebiet wurde schon Kontakt mit dem Grundeigentümer aufgenommen. Die Fläche wird in den nächsten Wochen gesäubert.

Vizebürgermeister: Die Bodenschwellen wären vor der Volksschule wichtiger als in der Kellergasse hintaus. Bgm.: Schon vor zig Jahren befanden sich dort asphaltierte Bodenschwellen. Der Verkehr hat sich durch die Errichtung der Schwellen wieder reduziert und verlangsamt. Das Mobilitätskonzept wird auch mit den jeweils betroffenen Anrainern besprochen. Im Bereich Franz Liszt-Straße und Bergäckerstraße ist eine 30 km/h Beschränkung verordnet.

Auf Anfrage von GR Tanja HUBER, warum das in der Kellergasse hintaus so schnell geht und bei der Volksschule nicht, teilt GR Erich SCHMELZER mit, dass aufgrund von Anrainerberbeschwerden die Bodenschwellen wieder installiert wurden. GR Tanja HUBER betont, dass dies bei der Schule aber auch notwendig ist, sie aber auch nicht immer 30 km/h fährt. GV Gerhard PAUL bemerkt, dass Bodenschwellen auch bei der Volksschule problemlos errichtet werden können. GR Franz HOFFMANN teilt mit, dass in der Kellergasse bereits Schwellen bestanden haben und diese nun wieder hergestellt wurden.

Dr.ⁱⁿ Ingrid HERZOG-MÜLLER meint, dass die Bibliothekarsausbildung und die Domain nicht von der Gemeinde bezahlt wurden. OAR Gerhard SCHERBL teilt mit, dass die Kurse seitens der Gemeinde bezahlt wurden. GR Mag. Ronald LANGTHALER ist stolz auf die Bücherei und ist der Ansicht, dass das der Gemeinde auch etwas Wert sein sollte. Der Bürgermeister erteilt Frau Brigitte WEBER-KRAUS hiezu das Wort. Diese teilt mit, dass es für eine moderne Bücherei auch notwendig ist, vernetzt zu sein, was nur mit einer eigenen Homepage möglich ist, um für alle Aufgaben auch auf einer rechtlichen und sicheren Basis zu stehen. Etwa 6.500 Artikel müssen digitalisiert werden. Herr [REDACTED], der Büchereileiter hat auch schon versucht, Ersatz zu finden, wenn er andere Termine wahrnehmen muss oder erkrankt, was kürzlich vorgekommen ist. Um entsprechende Förderungen seitens des Österreichischen Büchereiverbandes oder sonstiger Stellen lukrieren zu können, ist aber ein ausgebildeter Bibliothekar notwendig. Beispielsweise wurde vom ÖGB ein Büchergutschein zur Verfügung gestellt. Für die besuchten Kurse wurden größtenteils öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch genommen. Aufgrund des Einsatzes des Büchereileiters kann die Bücherei zur Regionalbücherei Burgenland Nord werden. Der Bürgermeister teilt mit, dass in Zukunft bei einem Krankheitsfall dies durch Anbringung einer entsprechenden Mitteilung an der Eingangstür bekannt gegeben wird. GV Mag.^a Ilse WEINGÄRTNER regt an, dass die Mitglieder des Gemeinderates eventuell durch Rotationsprinzip jeweils ein paar Stunden die Bücherei betreuen können. GR Mag. Ronald LANGTHALER verlässt um 20.20 Uhr den Sitzungssaal.

Der Vizebürgermeister teilt mit, dass am geplanten Sitzungstermin 14.12. fünf Gemeinderäte von der ÖVP fehlen werden. Auch Kassier Franz HOFFMANN kann nicht teilnehmen. Der Bürgermeister schlägt folgende Ersatztermine vor: GV-Sitzung: 14.12.2018, 14.00 Uhr, KG-Beiratssitzung: 17.12.2018, 17.30 Uhr, Gemeinderatssitzung: 17.12.2018, 18.00 Uhr.

Nachdem keine weiteren Tagesordnungspunkte und Anfragen vorliegen, schließt der Bürgermeister um 20:24 Uhr die Sitzung.

g.g.g.

Der Schriftführer:

Die Beglaubiger:

Der Bürgermeister: